

**Arbeitskreis Partnerschaften  
Deutschland (PD)**

**Leiter**

Prof. Dr. Hans Wilhelm Alfen  
Geschäftsführender Gesellschafter  
Alfen Consult GmbH  
wilhelm.alfen@alfen-consult.de

Steffen Warmbold  
Fachbereich PPP  
Pöyry Infra GmbH  
steffen.warmbold@poyry.com

**Bundesverband  
Public Private Partnership e.V.**

info@bPPP.de  
www.bPPP.de

## Ergebnisprotokoll

### der 8. Sitzung des Arbeitskreises Partnerschaften Deutschland

**Datum:** 8.2.2010  
**Uhrzeit:** 13.30 Uhr bis 17.00 Uhr  
**Ort:** TellSell Consulting  
Frankfurt am Main  
**Teilnehmer:** siehe Teilnehmerliste  
**Moderation:** Prof. Dr. Hans Wilhelm Alfen

*Anlage 1 Präsentationsunterlage Herr Siebert*

*Anlage 2 Vergleich der Parteien-Umfrage*

*Anlage 3 Teilnehmerliste*

## Aktuelles

### 1) Aktuell diskutierte Themen (Herr Drey):

Derzeit wird das Thema langfristiger Verträge in Kommunen kritisch gesehen, da dadurch bereits eine weitgehende Festlegung des Haushalts für die nächsten Jahre erfolgt. Weiterhin wird das Thema Risikobetrachtung und das „Denken in Risikokategorien“, induziert durch PPP-Projekte, zunehmend bei der öffentlichen Hand beachtet.

### 2) EU-Kommission (Herr Hoepfner):

Es gibt seit mehr als 50 Jahren die vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) initiierte und durch Beschluss des Deutschen Bundestags vom BMWi geförderte Arbeitsgemeinschaft für Wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) mit Sitz in Eschborn. Herr Hoepfner leitet bei der AWV die seit 2002 bestehende Projektgruppe "PPP".

Das BMWi ist gegenüber der EU Kommission das federführende Ressort. In der EU-Kommission besteht seit 2004 eine externe Expertenarbeitsgruppe (Working Group) „Public Procurement, Competition, PPP“, welche bei den Generaldirektionen Binnenmarkt und Dienstleistungen, sowie Unternehmen und Industrie angesiedelt ist. Herr Hoepfner ist Mitglied dieser Arbeitsgruppe (WG5 / ebsrt/DG MARKT), die sich u.a. mit den Themen Vergabewesen, Wettbewerb und langfristigen Risiken und vertraglicher Bindungen der öffentlichen Hand, sowie Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie beschäftigt.

Auf EU-Ebene steht derzeit noch eine (legislative) Initiative zur Behandlung langfristiger vertraglicher Regelungen, insbesondere im Rahmen von Dienstleistungskonzessionen aus. Dabei geht es um wesentliche Fragen, wie in wie in PPP/PFI/BOT-typischen Verträgen unterschiedliche Risikoverteilungen im Projektlebenszyklus angepasst werden können (value at risk).

Insbesondere aus der Sicht des öffentlichen Partners ist die Nutzung eines adäquaten Rechnungslegungsstandards eine wesentliche Voraussetzung. Die sog. Erweiterte Kameralistik, wie sie auf Bundesebene derzeit favorisiert wird, reicht dazu möglicherweise nicht aus. In der jüngsten Mitteilung der EU Kommission zur Behandlung von PPP (siehe hierzu AWV Info I/2010) sieht das zentrale Maßnahmenpaket für 2010/2011 eine Reihe von Neuerungen vor: Neue Finanzierungsinstrumente, eine mögliche legislative Initiative zu Dienstleistungskonzessionen, sowie u.a. die Überprüfung der laufenden EU-Regelungen bei Einsatz von Subventionen, resp. Strukturmitteln im Kontext von PPP, sowie die Verbuchung langfristiger Risiken, wie sie der EUROSTAT

Beschluss aus 2004 verlangt und im Rahmen der derzeitigen Einführung von IAS/IFRS auf EU Ebene auch - so weit wie möglich, die Anpassung kameraler Rechnungslegung durch einen einheitlichen Rechnungslegungsstandard der Öffentlichen Hand, wie er bereits weitgehend auf EU Ebene, bei den Vereinten Nationen, der OECD und einzelnen Mitgliedsstaaten besteht.

3) Dienstleistungskonzessionen (Frau Rosenkötter):

Es fand eine Anhörung bei der EU statt, inwieweit Dienstleistungskonzessionen weiterhin vergaberechtlich anders zu behandeln sind als andere PPP-Verträge. Der Vorschlag hierzu wäre eine Diskussion mit der ÖPP AG (Prof. Weber) aufzunehmen.

4) PD (Herr Siebert)

Die PD hat derzeit 26 Mitarbeiter. Der Jahresverlust des vergangenen Jahres lag erheblich unter 1 Mio. €. Im Jahr 2010 ist mit Einnahmen von 2,4 Mio.€ für die Grundlagenarbeit zu rechnen, wenn das Potential an Aufträgen ausgeschöpft wird. Die PD will aktiver wahrgenommen werden. Die Kontakte des Rahmenvertrages sollen ausschließlich über das Help Desk behandelt werden (bislang 35 Anfragen). Der Rest zu den 10 Mio. € des Anteilsverkaufes wird auch im Rahmen der 2. Ausschreibung wahrscheinlich nicht vollständig platziert werden können. Themenschwerpunkt der PD ist IT. Ver- und Entsorgung wird aufgrund der MWSt.-Problematik als nicht interessant angesehen. Kommunalstraßen waren ursprünglich Bestandteil des diesjährigen Grundlagenarbeitspakets der PD, sind aber dann doch zunächst wieder rausgefallen. Derzeit ist weder die VIFG noch die PD dafür zuständig.

Bislang ist die Zusammenarbeit zwischen AK PD und Vertretern der PD noch nicht in dem angestrebten Umfang zustande gekommen. Die PD soll nochmals aufmerksam gemacht werden, regelmäßig jemanden zu den Arbeitssitzungen zu entsenden. Außerdem soll die PD auf das Thema Ver- und Entsorgung als wichtigen Sektor für PPP angesprochen werden.

5) Weiterbildung PPP des Behördenspiegels (Herr Drey)

Noch vor dem Sommer sollen in drei Städten jeweils 2 x 1,5tägige Zertifikats-Weiterbildungskurse zum Thema PPP durch den Behördenspiegel als Veranstalter in Zusammenarbeit mit dem BPPP und der PD als Partner und die Bauhaus-Universität Weimar als inhaltlich Verantwortliche begonnen werden. Der jeweils 2. Teil soll parallel zum PPP-Kongress des Behördenspiegel in Bonn stattfinden. Die Zertifikate sollen bei dieser Gelegenheit von Staatssekretär Gatzler, BMF vergeben

werden. Die Kosten des Kurses sind noch nicht bekannt. Es wird um Verbreitung dieser Information gebeten. Zusätzliche Infos dazu folgen noch.

### **Top 1 - Compliance Regeln für Infrastrukturprojekte. Best Practice / Qualitätsstandards**

- 1) PPP soll als "Sperrspitze" der Transparenz in der öffentlichen Auftragsvergabe auch nach außen hin wahrgenommen werden.
- 2) Es soll die Offenlegung von Informationen (z.B. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Verträge) weiter forciert werden, um dem Geheimhaltungsvorwurf und der Kompliziertheit bei PPP-Verträgen zu begegnen.
- 3) Das PPP-Instrumentarium der öffentlichen Hand ist auch bestens geeignet in anderen Auftragsvergaben angewendet zu werden.

Als Grundlage für den Entwurf soll u.a. auch folgende Unterlagen Berücksichtigung finden:

- Ethikmanagement des bayerischen Bauindustrieverbandes
- Vortrag Fr. Klug beim BPPP
- Integritätspakt BWI
- Argumentationskatalog.

Die Arbeitsgruppe bestehend aus Herrn Zimmermann, Herrn Warmbold, Herrn Kronsbein, Herrn Pfnür, Herrn Baron, Frau Fischer, Herrn Alfen wird diesen Entwurf vorabstimmen, so dass er folgend im Vorstand und den anderen Arbeitskreisen diskutiert werden kann. Herr Zimmermann wird einen ersten Vorschlag entwerfen.

### **Top 2 – Kommunalkonzept**

Für die Frühphasenberatung werden bei der LBBW und der PD Checklisten eingesetzt. Der Vorschlag für die Zusammenarbeit mit der PD zur Erstellung des Kommunalkonzeptes ist, es beide Checklisten zusammenzuführen, so dass alle Berater diese von der PD akkreditierte Checkliste bei der öffentlichen Hand einsetzen können. Herr Siebert übernimmt die Koordination und macht einen Vorschlag für einen neuen Titel. In der übernächsten AK-Sitzung könnte eine gemeinsame Verabschiedung erfolgen.

### **Top 3 - Weiteres Vorgehen Ansprache der Politik: Haushaltshausschuss / Parteien**

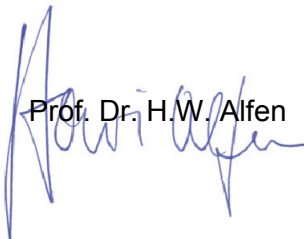
Es hat ein Treffen mit Herrn Fricke, FDP (Haishaltspolitischer Sprecher und Mitglied des Haushaltsausschuss des Bundestages) und den Herren Grundmann, Schellenberg, Warmbold und Alfen zum Thema PPP stattgefunden. Dabei stand der Verkehr im Vordergrund und ist der ein wichtiges Anliegen. Aber auch PPP im Bereich der sozialen Infrastruktur wird in der laufenden Legislaturperiode sicher weiter vorangetrieben werden. Der FDP geht es dabei stärker um materielle Privatisierung, um aus der Schuldenfalle herauszukommen. Es wurde Herrn Fricke angeboten, dass der AK PD relevante Themen für den Haushaltsausschuss bearbeiten könnte. Eine höhere Sichtbarkeit des BPPP wurde erreicht. Nicht zuletzt wegen des Schwerpunktes Verkehr, schlug Herr Fricke einen weiteren Termin mit Herrn Patrick Döring (verkehrspolitischer Sprecher der FDP) zu vereinbaren. Neben der Bundespolitik soll allerdings auch der Kontakt zu kommunalen Verbänden (Städtetag, Städte- und Gemeindebund) hergestellt werden.

### **Top 4 - Sonstiges**

Herr Warmbold soll darüber informieren welches Produkt (Finanzierungspapier) als Ergebnis an die PD gegangen ist.

### **Top 5 - Bestätigung von Datum und Veranstaltungsort für die 9. AK-Sitzung**

Der nächste Termin soll Ende April in Berlin stattfinden. Der Ort ist noch nicht bestimmt. Ein herzliches Dankeschön geht an die Firma TellSell Consulting für die Bereitstellung von Räumlichkeiten für die 8. Sitzung des AK PD!

Prof. Dr. H.W. Alfen  


### **Liste offener Punkte**

<b>Was?</b>	<b>Wer?</b>	<b>Bis Wann?</b>
Veröffentlichung der Parteienumfrage im Behördenspiegel	Herr Drey / Frau Fischer	a.s.a.p.